

Beschluss des 27. Landesparteitages am 5. November 2011 in Schleiz

CDU: Stark im Land - Stark vor Ort

1. Einleitung

Thüringen hat seit der Wiedervereinigung eine Entwicklung genommen, die begeistert. Die Thüringerinnen und Thüringer haben mit tatkräftiger Unterstützung der alten Länder die Herausforderungen des Wandels angenommen und die Chancen nach der Wiedervereinigung genutzt. Dabei haben sie sich auf ihre Wurzeln besonnen und an alte Traditionen angeknüpft. Die Menschen haben ein großes Maß an Flexibilität und Veränderungsbereitschaft bewiesen. Das verdient unseren großen Respekt.

Thüringen ist im Aufschwung – unser Land ist stärker aus der Krise gekommen als viele andere Länder.

Insbesondere in vier Bereichen belegt Thüringen heute Spitzenpositionen:

1. Thüringen ist Spitzenreiter bei der Bildung. Gemeinsam mit Ländern wie Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg führt der Freistaat alle nationalen und internationalen Vergleichsstudien wie PISA oder IGLU an.
2. Thüringen setzt Maßstäbe in der Familienpolitik und ist deutschlandweit Spitze bei der Förderung von Familien. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Geburtstag, dem Landeserziehungsgeld oder einer Infrastrukturpauschale für Kommunen ist Thüringen heute Familienland Nr. 1 in Deutschland.
3. Thüringen ist wirtschaftlich stark: die höchste Dichte an Industriebetrieben deutschlandweit, die meisten Industriearbeitsplätze und die niedrigste Arbeitslosenquote unter den neuen Ländern sprechen eine klare Sprache.
4. Thüringen ist ein sicheres Land. Mit einer polizeilichen Aufklärungsquote von 65,1 Prozent liegt der Freistaat an der Spitze aller deutschen Länder.

Diese Erfolgsbilanz ist für uns Verpflichtung und Auftrag, unseren Thüringer Weg weiterzugehen. Wir stehen für ein zukunftsfähiges Thüringen 2020. Wir wollen, dass der Freistaat Thüringen bis zum Jahr 2020 in wichtigen Kernbereichen zu den Top 5 aller Länder aufsteigt. Voraussetzung hierfür ist ein großes Miteinander im Land. Wir brauchen auch zukünftig ein Miteinander der unterschiedlichen Generationen, ein Miteinander von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ein Miteinander der unterschiedlichen Verbände, Vereine und Institutionen sowie ein Miteinander von Land und Kommunen. Wir wollen starke Kommunen für ein starkes Land. Nur im Miteinander von Land und Kommunen gelingt es, den Thüringern eine lebens- und liebenswerte Heimat zu geben.

Wir sind Kommunalpartei. Viele tausende Christdemokraten gestalten seit 1990 in den Thüringer Landkreisen, Städten und Gemeinden erfolgreich Kommunalpolitik. Wir sind als einzige Partei fest in der Fläche verankert. Wir sind stark vor Ort. Unsere Landräte und Bürgermeister sind der Garant für eine erfolgreiche Entwicklung der Thüringer Kommunen. Die Thüringer Union steht mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten zu den Landrats- Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen am 22. April 2011 auch weiterhin für eine zukunftsfeste und generationengerechte Politik. Wir sind Anwalt des ländlichen Raums und Streiter für vitale und moderne Großstädte zugleich.

Unsere Bilanz zeigt: **Wir sind stark im Land und stark vor Ort.** Diesen Weg wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter gehen, gemeinsam Herausforderungen annehmen, Chancen nutzen und Thüringen fit für die Zukunft machen.

2. Leitbild Thüringer Kommunen 2020

Ländlichen Raum stärken

Thüringen ist zu 95 Prozent ländlich geprägt, gut Dreiviertel der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Dieser definiert sich als Raum außerhalb der städtischen Verdichtungsräume, einschließlich ihres verdichteten Umlandes. In Thüringen betrifft das den Lebensbereich der Menschen, die außerhalb der Oberzentren Erfurt, Gera und Jena leben. Über Jahrhunderte ist dort ein Kulturraum entstanden, der geprägt ist durch eine große landschaftliche und kulturelle Vielfalt, durch Brauchtum und Menschen, die bodenständig und werteorientiert, in überschaubaren und gefestigten sozialen Gemeinschaften auf dem Land, in den Dörfern und kleinen Städten leben. Überschaubare soziale Gefüge, ein großes bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, im sozialen Bereich und sonstige ehrenamtliche Tätigkeiten wirken stark Identität stiftend und geben den Menschen Halt und Orientierung. Wer in Thüringen von Heimat spricht, der meint vor allem seine Gemeinde, sein Dorf und die besondere Qualität seines sozialen Umfelds.

Nicht zuletzt durch die vielfältige Siedlungsstruktur hat sich Thüringen zu einem Wirtschaftsstandort entwickelt, der durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt ist. Dank seiner kleinteiligen Wirtschaftsstruktur und seiner sektoralen Breite und Vielfalt bewährt sich die Thüringer Wirtschaft auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wie die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat.

Der ländliche Raum ist auch ein wichtiger Tourismusfaktor. Ob Thüringer Wald, Thüringer Vogtland, Thüringer Rhön oder Südharz, fast zwei Drittel aller Gäste suchen die Thüringer Naturlandschaft. Rund 80 Prozent aller Übernachtungen werden dort gebucht.

Der ländliche Raum versorgt uns mit Nahrung, Energie und Trinkwasser. Fast 90 Prozent der Bodenfläche Thüringens sind Landwirtschafts- und Waldflächen. Rund 4.000 landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften über die Hälfte der Bodenfläche als Landwirtschaftsfläche. Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie in Thüringen zählt nach Umsatz (3 Mrd. Euro jährlich) und Beschäftigung (rd. 14.000) zu den größten Industriebereichen.

Mit einem Waldanteil von einem Drittel an der Landesfläche gehört Thüringen zu den walddreichen Ländern Deutschlands. Der Rohstoff Holz ist eine wichtige und nachhaltig verfügbare regionale Ressource. Als innovatives Hightech-Material hat es einen sehr guten Ruf erworben. Es nutzt dem Klima und ist ein optimaler Baustoff der Zukunft. Die Forstwirtschaft ist damit eine unverzichtbare Stütze des ländlichen Raums.

Thüringen hat wichtige Regionalversorgungsunternehmen für Strom und Gas und es existiert ein dezentrales Netz leistungsfähiger Energieversorgungsbetriebe. Rund 90 Wasserversorger decken den täglichen Frischwasserbedarf. Zwei Drittel unseres Trinkwassers werden ortsnahe aus Grundwasservorkommen gewonnen. In den rund 140 Betrieben der Energie- und Wasserversorgung arbeiten rund 7.000 Beschäftigte.

Gerade die erneuerbaren Energien bilden mit der wachsenden Zahl – beispielsweise im Bereich der Biomasse, neue Chancen für zusätzlichen wirtschaftlichen Schwung im ländlichen Raum. Dazu zählt beispielsweise auch die Weiterentwicklung der „grünen Berufe“. Immer mehr um Hightech und Umweltschutzaufgaben erweitert, bieten sie dem Fachkräftenachwuchs neue Entwicklungsperspektiven und Aufstiegschancen.

Heimat, Identität, Wohlstand und damit die Lebensqualität der überwiegenden Mehrheit der Menschen in unserem Land ist somit untrennbar verbunden mit einem funktionierenden und lebendigen ländlichen Raum.

101 Die Zukunft unseres Landes hängt deshalb insbesondere davon ab, inwieweit es gelingt, den
102 ländlichen Raum in Thüringen zu stärken und zukunftsfest zu machen. Dazu brauchen wir einen
103 integrierten, einen neuen Denkansatz. Unsere Ziele sind:

104

105 • Stärkung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung

106 – über eine wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft

107 – mit Hilfe von Initiativen zum Ausbau des ländlichen Tourismus

108 – durch Unterstützung regionaler Wertschöpfungsketten und Netzwerke

109 – durch eine nachhaltige, transparente und verlässliche Förderpolitik

110

111 • Sicherung der technischen und sozialen Infrastruktur

112 – durch Förderung der Breitbandversorgung

113 – mittels Erhalt der Mobilität einer älter werdenden Bevölkerung

114 – über den Auf- und Ausbau einer bedarfsgerechten technischen und sozialen Infrastruktur

115 – durch Förderung des ehrenamtlichen Engagements

116 – über die Etablierung seniorengerechter Einrichtungen

117 – durch Steigerung der Attraktivität der ländlichen Räume für Jugend und junge Familien

118 einschließlich Dorferneuerung

119

120 • Förderung der kommunalen und regionalen Entwicklung

121 – durch Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

122 – durch Unterstützung neuer Angebote zur Gewährleistung der Grundversorgung

123 – durch den Erhalt Ortsbild prägender Strukturen

124 – über eine aktive Gestaltung von Schrumpfungprozessen mit Rückbau und Revitalisierung

125

126 • Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen

127 – durch Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft

128 – durch die Umsetzung der naturschutzfachlichen Ziele in den Schutzgebieten

129 – über Initiativen zum Ausbau der erneuerbaren Energien

130 – mittels Hochwasservorsorge und technischen Hochwasserschutz

131

132 • Maßnahmen der Flächenhaushaltspolitik zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

133 – Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Innenentwicklung und
134 Brachflächenrevitalisierung

135 – Etablierung von Kompensationsflächen- und Umsetzungspools

136 – ein intelligentes Flächenmanagement durch Bodenordnung zur Verminderung der

137 Flächeninanspruchnahme großer Infrastrukturmaßnahmen (Steuerung und Optimierung

138 der Flächennutzung, Abstimmung und Koordination, Auflösung von

139 Landnutzungskonflikten, Bereitstellung benötigter Flächen)

140 – Flurbereinigung

141 – Zusätzliche Kompensationsmaßnahmen in Folge des eintretenden Flächenentzuges bei

142 Energienetzerweiterungen im Rahmen des Energieumbaus sind zu vermeiden

143

144 **Leistungsfähige und moderne Städte**

145

146 Unsere Städte bieten wirtschaftliche Entwicklungschancen, Kulturangebote und

147 Ausbildungsmöglichkeiten und sind deshalb insbesondere für junge Menschen und junge Familien

148 attraktiv. Entlang der „Thüringer Städtekette“ wird eine vergleichsweise stabile

149 Bevölkerungsentwicklung vorhergesagt. Starke Städte verhindern den Wegzug junger Menschen

150 aus Thüringen und sorgen für Zuwanderung. Durch die gute verkehrliche Anbindung profitieren

151 auch Bewohner des ländlichen Raums von deren wirtschaftlichen und kulturellen Strahlkraft.

152 Diese Stärken wollen wir stärken und die großen Städte Thüringens zu Impuls- und
153 Wachstumsregionen weiterentwickeln, die auf das Umland eine noch größere
154 wachstumsfördernde Strahlkraft entfalten.

155
156 Allerdings deutet die Finanzausstattung einiger kreisfreier Städte gegenwärtig darauf hin, dass ein
157 Umdenken erforderlich wird. Unsere kreisfreien Städte sind aufgefordert, ihre Stärken und
158 Schwächen auf den Prüfstand zu stellen und eigene Profile und Entwicklungskonzepte zu
159 erarbeiten.

161 **3. Kleine Einheiten machen Thüringen groß – Für bürgernahe und leistungsfähige** 162 **Landkreise, Städte und Gemeinden**

163 164 **Bürgernahe und leistungsfähige Kommunalstrukturen**

165
166 Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet. Die Thüringer Union setzt daher auf
167 identitätsstiftende, bürgernahe und effiziente Einheiten. Wir sind die einzige Partei im Freistaat,
168 die gegen Monstervereine kämpft. Die Wahlen am 22. April 2012 sind daher auch eine Abstimmung
169 über den Fortbestand zukunftsfähiger Landkreise und vitaler Städte. Wir sind der festen
170 Überzeugung unsere Landkreise haben eine klare Zukunft.

171
172 Um die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden dauerhaft zu sichern, setzen wir auf die
173 Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen auf der Ebene der Städte und Gemeinden. Denn
174 nur starke und dauerhaft leistungsfähige Gemeinden haben die Kraft, ihren Einwohnern ein hohes
175 Maß an Lebensqualität sichern zu können. Hierzu zählt beispielsweise die Unterstützung von
176 Kultur-, Freizeit- und Jugendangeboten. Gerade bei zu kleinen und nicht leistungsfähigen
177 Kommunen besteht die Gefahr, dass die erlebbare Beteiligung qualitativ eingeschränkt wird, weil
178 die Kommune in ihrer Größe nicht die Leistungsfähigkeit besitzt, um diese Partizipation auch
179 umzusetzen oder finanziell unterstützen zu können. Bei der Weiterentwicklung der kommunalen
180 Strukturen hat sich die Thüringer Landgemeinde als Erfolgsmodell im Freistaat etabliert. Unser Ziel
181 ist es, durch die Zusammenschlüsse weiterer Gemeinden noch mehr Thüringer Landgemeinden zu
182 etablieren.

183
184 Bei der Neuordnung der kommunalen Strukturen lassen wir uns von folgenden Kriterien leiten:

- 185
186 • Eine neue Kommunalstruktur muss so angelegt werden, dass eine langfristige Stabilität
187 über das Jahr 2030 hinaus gewährleistet ist.
- 188 • Jede Kommune muss dauerhaft finanziell leistungsfähig sein. Deshalb sind strukturelle
189 Haushaltsdefizite bei der Neubildung von Kommunen zu verhindern. Ein dauerhaft
190 ausgeglichener Gemeindehaushalt ist die Voraussetzung für eine nachhaltige
191 Weiterentwicklung der Kommunalstrukturen.
- 192 • Die Demografische Entwicklung ist eine wesentliche Grundlage für die
193 Weiterentwicklung der einzelnen Kommunen. Um den Anforderungen professioneller
194 Verwaltung langfristig gerecht zu werden, soll jede kommunale Gebietskörperschaft in
195 der Prognose bis 2030 über mindestens 3000 Einwohner verfügen.
- 196 • Bei der Neubildung von Gemeinden sollen zusammenhängende Gebietsstrukturen
197 entstehen, die auch durch eine angemessene Verkehrsinfrastruktur direkt miteinander
198 verbunden sind.
- 199 • Die Neuordnung gemeindlicher Strukturen soll vor allem von unten nach oben
200 wachsen. Entscheidungen müssen unter breiter Bürgerbeteiligung und im Dialog vor
201 Ort getroffen werden.

202
203
204
205

206 **Verwaltungsreform**

207

208 Die zurückgehenden Mittel aus Solidarpakt, Länderfinanzausgleich und EU-Förderprogrammen
209 erfordern eine nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts.

210 Nur ein ausgeglichener Haushalt schafft Spielräume für staatliches Handeln. Und nur ein
211 handlungsfähiger Staat ist ein starker Partner seiner Bürger.

212 Effiziente Verwaltungsstrukturen stehen in einem untrennbaren Zusammenhang mit der
213 Konsolidierung des Haushalts. Nach aktuellen Prognosen wird sich das Einnahmenniveau bis 2020
214 um rund 20 Prozent verringern. Bis Ende 2019 laufen die sog. Solidarpaktmittel aus. Weiterhin ist
215 zu erwarten, dass in der kommenden Förderperiode (ab 2014) auch die zufließenden EU-
216 Fördermittel deutlich geringer ausfallen werden als bisher.

217

218 Wir wollen deshalb den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung weiter fortsetzen. Mit
219 dem Entwurf des Haushalts 2012 ist es gelungen, auf neue Schulden zu verzichten. Es ist unser
220 ausdrückliches Ziel, auch in den nächsten Jahren keine neuen Schulden mehr zu machen.

221

222 Ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Haushalts ist die kritische
223 Überprüfung der staatlichen und kommunalen Aufgaben und Strukturen. Nur so lassen sich mittel-
224 und langfristig Ausgaben zurückführen.

225

226 Auch die demografische Entwicklung hat erhebliche Auswirkungen auf die Verhältnisse in
227 Thüringen. Nach der 12. Koordinierten Bevölkerungsvoraussberechnung ist bis 2020 im Vergleich
228 zu 2010 mit einem Bevölkerungsrückgang von rund 9 Prozent bzw. etwa 200.000 Einwohnern zu
229 rechnen. Schätzungen zufolge hat Thüringen 2060 nur noch rund 1,3 Mio. Einwohner. Das ist ein
230 Rückgang von rund 41 Prozent. Wenn die Bevölkerung in den nächsten Jahren deutlich zurückgeht,
231 muss sich auch die Zahl der staatlichen und kommunalen Bediensteten verringern.

232

233 Um im Rahmen der Haushaltskonsolidierung den beschlossenen Stellenabbau zu realisieren und
234 gleichzeitig die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten, ist die Überprüfung aller
235 staatlichen und kommunalen Strukturen und Aufgaben zwingend notwendig. Staat und
236 Verwaltung müssen sich den veränderten Rahmenbedingungen anpassen, um mittel- und
237 langfristig leistungsfähig und finanzierbar zu bleiben. Bürger und Unternehmer erwarten zu Recht
238 eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung. Sie ist auch ein Standortfaktor im Wettbewerb
239 um Unternehmen und Arbeitskräfte. Wollen wir diesen Erwartungen gerecht werden, müssen wir
240 jetzt handeln und die notwendigen Vorbereitungen treffen, um unsere Verwaltung
241 weiterzuentwickeln und zukunftsfest zu machen.

242

243 **Landesorganisationsgesetz**

244

245 Ein wesentlicher Teil einer umfassenden Verwaltungsreform ist die Umsetzung einer
246 Behördenreform. Um bis zum Jahr 2020 den geplanten Abbau von 11.000 Stellen in der
247 öffentlichen Verwaltung zu realisieren, müssen die Behördenstrukturen angepasst und Aufgaben
248 überprüft werden. Dabei ist es unser Ziel, die Verantwortlichkeiten der verschiedenen
249 Verwaltungsebenen klarer zu fassen. Wir wollen einen ordentlichen dreistufigen
250 Verwaltungsaufbau mit Ministerialverwaltung, Landesverwaltungsamt und Kommunalbehörden.
251 Die Anzahl der Mittel- und Sonderbehörden soll reduziert und in das Landesverwaltungsamt
252 integriert werden. Ein zweistufiger Aufbau aus Ministerialverwaltung und Kommunalverwaltung
253 reicht nicht aus. Es gibt Aufgaben, die sinnvoller Weise weder dem Ministerium noch den
254 Landkreisen übertragen werden sollten. Beispiel Lebensmittelüberwachung. Die notwendigen
255 Laboruntersuchungen kann man weder im Ministerium andocken noch den einzelnen Kommunen
256 aufbürden. Dazu brauchen wir eine Mittelbehörde, die die Technik einmalig für alle vorhält.

257

258 Wir wollen ein Landesorganisationsgesetz auf den Weg bringen, in dem wir auf rechtlicher Basis
259 die Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten in einem dreistufigen Verwaltungsaufbau klar

260 voneinander abgrenzen. Das Landesorganisationsgesetz macht die Arbeit der öffentlichen
261 Verwaltung für den Bürger deutlich transparenter.

262

263 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

264

- 265 • Wir wollen den Erhalt bürgernaher und identitätsstiftender kommunaler Strukturen unter
266 Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit.
- 267 • Wir wollen eine Verwaltungsreform mit dem Ziel, den Personalbestand des Landes zu
268 verringern und staatliche Aufgaben auf das notwendige zu reduzieren. Dies dient der
269 weiteren Sanierung des Staatshaushaltes, der Entschlackung der öffentlichen Verwaltung,
270 dem Bürokratieabbau und mehr Bürgernähe.
- 271 • Wir wollen ein Landesorganisationsgesetz als Teil dieser Reform für mehr Transparenz in
272 der öffentlichen Verwaltung.

273

274 **4. Kommunale Finanzen – Solide und nachhaltig**

275

276 Die Thüringer Union will unser Land zukunftsfest und generationengerecht gestalten. Hierfür ist
277 ein politischer Paradigmenwechsel notwendig, den wir mit der Aufnahme der Schuldenbremse in
278 die Verfassung des Freistaates verankern wollen. Zukünftigen Generationen politische
279 Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten setzt voraus, sie nicht bereits heute mit öffentlichen
280 Schulden zu überlasten. Unter Führung der Union wird die Landespolitik deshalb in den nächsten
281 Jahren dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft die Ausgaben des Landes die Einnahmen nicht
282 mehr überschreiten. Das erfordert Mut und Disziplin der politisch Verantwortlichen. Wir setzen
283 uns dafür ein, dass in dieser Legislaturperiode nur noch Gesetze beschlossen werden, die keine
284 mehrkostenverursachenden Standards zur Folge haben.

285

286 Es ist eine großartige Leistung, dass die Landesregierung für das Jahr 2012 einen Haushalt ohne
287 neue Schulden vorgelegt hat. Damit kehren wir auf den von der CDU in Alleinregierung
288 festgelegten Weg einer soliden und nachhaltigen Politik zurück.

289

290 Dieser Weg ist nicht einfach und er ist mit Einschnitten verbunden. Die CDU wird dennoch auch in
291 Zukunft durch eine verantwortungsvolle kommunale Finanzpolitik die Handlungsspielräume der
292 kommunalen Familie sichern. Die Sanierung des Staatshaushaltes wird nicht allein von den
293 Kommunen getragen werden. Wir stehen für die Solidarität zwischen Land und Kommunen und
294 zwischen den Kommunen untereinander.

295

296 **Kommunalen Finanzausgleich reformieren**

297

298 Eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen ist notwendig, um auch zukünftig die
299 Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu sichern. Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben
300 wird sich dauerhaft nur bewältigen lassen, wenn Kommunen und Land die Rückführung
301 öffentlicher Ausgaben gemeinsam bewältigen. Durch eine Verwaltungsreform und einen damit
302 einhergehenden Personalabbau muss ein Teil der Einsparungen realisiert werden. Mehrere
303 Maßnahmen sind erforderlich, damit die Kommunen dauerhaft mit weniger Mitteln auskommen
304 können und Bürger nicht über Gebühr belasten müssen.

305

306 Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

307

- 308 • Zum 01. Januar 2013 muss ein grundlegend reformierter Kommunalen Finanzausgleich in
309 Kraft treten. Der Finanzbedarf muss nach verbindlicheren Regeln ermittelt, das System der
310 Zuweisungen an die Kommunen nachvollziehbarer gestaltet und Aufgaben im
311 übertragenen und eigenen Wirkungskreis auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.
312 Die Zuweisungen müssen den Aufgaben folgen, für die sie gedacht sind.

- 313 • Um den Kommunen den Übergang zu erleichtern, werden mögliche weitere
314 Mehreinnahmen, die sie im Jahr 2012 gegenüber der Maisteuerschätzung 2011 erzielen,
315 nicht mit Zuschüssen des Landes im Jahr 2012 an die Kommunen verrechnet. Sie stehen
316 ihnen damit in voller Höhe zur Verfügung.
- 317 • Durch interkommunale Zusammenarbeit ließen sich zahlreiche Aufgaben kostengünstiger
318 erledigen. Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit daher ausbauen, neue
319 Rechtsformen und Beratungsangebote schaffen und Effizienz steigernde Maßnahmen
320 fördern. Rechtsvorschriften, die diese Zusammenarbeit regeln, wollen wir vereinfachen.
321 Insbesondere soll es leichter werden, mit Privaten zusammenzuarbeiten. Daher fordern wir
322 die Etablierung der Rechtsfigur der „Anstalt des Öffentlichen Rechts“ für die kommunale
323 Ebene.
- 324 • Kosten entstehen den Kommunen vielfach durch Standards, deren Berechtigung
325 hinterfragt werden muss. Standards die wünschenswert, aber nicht zwingend erforderlich
326 sind, müssen abgesenkt und ggf. auch abgebaut werden. Neue Standards dürfen nur
327 geschaffen werden, wenn überragende Gründe des Allgemeinwohls dafür angeführt
328 werden können.

329

330 **Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu ordnen**

331

332 Bund, Länder und Kommunen sind in Deutschland institutionell und finanziell eng verflochten. Der
333 Bund hat großen Einfluss auf die Aufgaben und die Struktur der Ausgaben sowie die Höhe der
334 Einnahmen aller Ebenen, während Länder und Kommunen die ihnen vorgegebenen Aufgaben mit
335 den ihnen zur Verfügung stehenden Einnahmen erfüllen müssen.

336

337 Ab dem Jahr 2020 wirkt die neue Schuldengrenze. Die Länder können dann ihre Einnahmen
338 grundsätzlich nicht mehr durch neue Schulden gestalten, müssen aber ihre Aufgaben weiterhin
339 erfüllen können. Die Thüringer Union begrüßt, dass mit der neuen Schuldengrenze das Bekenntnis
340 zu einer nachhaltigen Finanzpolitik auch rechtlich verankert wurde und setzt sich für eine
341 entsprechende Schuldenregel in der Thüringer Verfassung ein.

342

343 Um die Vorgabe der neuen bundesrechtlich vorgegebenen Schuldenbremse dauerhaft einhalten zu
344 können, müssen bereits jetzt die Weichen gestellt werden. Die entsprechenden
345 Rahmenbedingungen dafür müssen auch auf Bundesebene geschaffen werden.

346

347 Deshalb setzt sich die Thüringer Union für folgende Maßnahmen zur Stärkung der
348 Gemeindefinanzen und für stabile Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein:

349

350 **Gemeindefinanzreform**

351

352 Die Thüringer Union begrüßt, dass der Bund sich in der Gemeindefinanzreformkommission bereit
353 erklärt hat, die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung über die bisherige
354 Bundesbeteiligung hinaus in drei Stufen (2012 zu 45%, 2013 zu 75%, ab 2014 zu 100%) vollständig
355 zu übernehmen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Übernahme der Kosten im Jahr
356 2012 bereits auf den Weg gebracht. Gerade in den strukturschwachen ostdeutschen Kommunen ist
357 in den kommenden Jahren aufgrund der dort häufig vorkommenden Brüche in den
358 Erwerbsbiographien der Menschen mit einem starken Anstieg der Kosten der Grundsicherung zu
359 rechnen, so dass diese von der Zusage des Bundes besonders profitieren werden.

360

361 Weitere Entlastungen der Kommunen auf der Ausgabenseite müssen geprüft werden. Die
362 Thüringer Union begrüßt, dass dazu zahlreiche Initiativen auf Bundesebene aus der AG Standards
363 der Gemeindefinanzkommission hervorgegangen sind und wird sich dafür einsetzen, dass im
364 Ergebnis dieser Initiativen Bürokratie abgebaut und Verfahren transparenter gestaltet werden
365 können. Darüber hinaus sind der Aufbau neuer Bürokratie und die Begründung neuer dauerhafter
366 Finanzierungslasten der Kommunen etwa bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zu
367 vermeiden.

368 Die Steuereinnahmen der ostdeutschen Kommunen sind aufgrund der strukturellen Unterschiede
369 deutlich geringer als die der westdeutschen Kommunen. Vor diesem Hintergrund hält die
370 Thüringer Union eine Diskussion über die Einführung kommunaler Hebesatzrechte bei der
371 Einkommensteuer für verfrüht. Eine steuerschwache Gemeinde müsste nämlich den Zuschlag
372 deutlich stärker erhöhen als eine steuerstarke Stadt, wenn beide Gemeinden das gleiche
373 zusätzliche absolute Aufkommen generieren wollen. Angesichts der strukturellen Unterschiede
374 kann ein fairer Wettbewerb zwischen den Kommunen mit Zuschlägen zur Einkommensteuer
375 derzeit nicht gewährleistet werden. Stattdessen wären Steuererhöhungen für die Bürger in
376 ostdeutschen Kommunen zu befürchten.

377
378 Standortentwicklungen können für Kommunen attraktiver werden durch Änderungen bei der
379 Aufteilung der Gewerbesteuer zwischen den Gemeinden (Gewerbesteuerzerlegung). Die Thüringer
380 Union wird sich dafür einsetzen, dass die Energiewende durch entsprechende Gesetzesänderungen
381 flankiert wird. So sollten Gemeinden, in denen Anlagen zur Nutzung von Solarenergie errichtet
382 wurden, künftig in angemessener Weise an der Gewerbesteuer des Betreiberunternehmens
383 beteiligt werden.

384
385 Die Diskussion zur Neugestaltung des kommunalen Steuersystems wird auch nach dem Abschluss
386 der Arbeiten der Gemeindefinanzkommission weiter geführt werden müssen. Die Grundsteuer ist
387 dringend reformbedürftig. Das bisherige System ist verfassungsrechtlich bedenklich, weil es an
388 Einheitswerte aus dem Jahr 1935 in den neuen bzw. 1964 in den alten Ländern anknüpft. Die
389 Thüringer Union begrüßt, dass nunmehr verschiedene Modelle zur Reform der Grundsteuer in die
390 bundespolitische Diskussion eingebracht wurden. Die Neuordnung der Grundsteuer sollte zu einer
391 deutlichen Vereinfachung der Bemessungsgrundlage führen, so dass die Steuer für den Bürger
392 transparent und nachvollziehbar wird und den Kommunen die Möglichkeit gegeben wird, die
393 Erhebung der Grundsteuer selbst zu administrieren. Die Grundsteuer sollte auch künftig eine
394 wertorientierte Komponente aufweisen. Da der Wert des Grundstücks wesentlich von der
395 vorhandenen Infrastruktur abhängt, würde damit die Infrastrukturleistungen der Gemeinde
396 anerkannt.

397
398 Die ostdeutschen Kommunen sind aufgrund ihrer Steuerschwäche stärker von Landeszuweisungen
399 abhängig als die Kommunen in den alten Ländern. Daher sind stabile Landesfinanzen für die
400 ostdeutschen Kommunen besonders wichtig.

401 402 **Bund-Länder-Finanzbeziehungen**

403
404 Der bundesstaatliche Finanzausgleich mit dem Solidarpakt II bildet das Rückgrat für den Aufbau
405 Ost. Er stellt sicher, dass die Länder ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen und ihre
406 Haushalte so konsolidieren können, dass sie die Vorgaben der neuen Schuldengrenze ab 2020
407 einhalten können. Die Thüringer Union begrüßt, dass sich Bund und Länder in der
408 Föderalismusreform II zu den Regelungen des bis 2019 befristeten bundesstaatlichen
409 Finanzausgleichs bekannt haben und mit der Verankerung einer neuen Schuldenregel im
410 Grundgesetz einem Ansteigen der Staatsverschuldung begegnet sind.

411
412 Mit Blick auf die Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und der Geltung der neuen
413 Schuldenregel ab 2020 hält es die Thüringer Union für erforderlich, frühzeitig in die
414 Reformdiskussion mit anderen Ländern und dem Bund einzutreten. Angesichts der
415 bundesrechtlichen Vorgaben bei der Aufgabenerfüllung der Länder, aber auch der starken
416 wirtschafts- und finanzpolitischen Verflechtungen der Mitgliedstaaten im Euro-Raum muss dabei
417 auch die Frage beantwortet werden, wie die Eigenstaatlichkeit und Haushaltsautonomie der
418 deutschen Länder dauerhaft bewahrt werden kann.

419
420 Für die Länder und Kommunen ist ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Stabilität der
421 innerstaatlichen Finanzordnung unverzichtbar. Die gesamtstaatliche Anstrengung der Solidarpakte
422 I und II hat sich gelohnt - die Infrastrukturlücke zwischen Ost und West wird im Jahr 2020

423 geschlossen sein. Ein Solidarpakt III für die ostdeutschen Länder wird dann nicht mehr erforderlich
424 sein. Aber der erfolgreiche Aufholprozess bei der Infrastruktur hat sich noch nicht in einer
425 Angleichung der Finanzkraft zwischen Ost und West niedergeschlagen. Mit ihren eigenen
426 Steuereinnahmen können die ostdeutschen Länder bisher die ihnen vorgegebenen Aufgaben nicht
427 erfüllen und keine eigenen Schwerpunkte setzen. Daraus wird deutlich, dass auch ein höheres Maß
428 an Steuerautonomie, etwa durch die Festlegung länderspezifischer Zu- und Abschläge, die
429 Finanzkraft der ostdeutschen Länder nicht verbessern würde.

430
431 Die Thüringer Union spricht sich daher dafür aus, die anstehende Reform der Bund-Länder-
432 Finanzbeziehungen so auszugestalten, dass Bund und Länder über eine Finanzausstattung
433 verfügen, die sie in die Lage versetzt, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen, eigene
434 Schwerpunkte zu setzen, die neue Schuldenregel dauerhaft einzuhalten und ihre
435 Haushaltsautonomie zu bewahren. Zur Umsetzung dieser Ziele soll auch für den Zeitraum ab 2020
436 an dem bewährten System des kooperativen Föderalismus festgehalten werden, da faire
437 Ausgangsbedingungen für einen Steuerwettbewerb unter den Ländern aufgrund der geringeren
438 Finanzkraft der ostdeutschen Länder noch nicht gegeben sind. Um die Ausgleichszahlungen der
439 Länder im Länderfinanzausgleich zurück zu führen, käme einerseits in Betracht, künftig das
440 Steueraufkommen unter den Ländern nicht mehr nach dem örtlichen Aufkommen, sondern nach
441 Einwohnern zu verteilen. Ein Wettbewerb der Länder untereinander könnte dann allein auf der
442 Ausgabenseite um die effizienteste Aufgabenerfüllung und die besten politischen Ideen
443 stattfinden. Andererseits könnte über eine Stärkung des vertikalen Ausgleichs der Bund stärker in
444 die Pflicht genommen werden, für eine auskömmliche Finanzausstattung der Länder zu sorgen. Im
445 Gegenzug wären die Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern zu reduzieren oder
446 aufzugeben. Dadurch könnten intransparente Verflechtungen und damit verbundene Fehlanreize
447 beseitigt werden. Für den Bürger würden die Verantwortlichkeiten deutlicher zu Tage treten.

448

449 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

450

- 451 • Wir wollen eine Schuldenbremse in der Landesverfassung.
- 452 • Wir wollen eine Reform des Kommunalen Finanzausgleiches bis zum 1.1.2013.
- 453 • Wir wollen den Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit.
- 454 • Wir wollen eine umfassende Gemeindefinanzreform des Bundes mit dem Ziel, Kommunen
455 zu entlasten.
- 456 • Wir wollen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen so ausgestalten, dass Bund und Länder
457 über eine Finanzausstattung verfügen, die sie auch nach 2019 in die Lage versetzt, ihre
458 verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen, eigene Schwerpunkte zu setzen, die neue
459 Schuldenregel dauerhaft einzuhalten und ihre Haushaltsautonomie zu bewahren. Dabei
460 wollen wir grundsätzlich am bewährten Prinzip des kooperativen Föderalismus festhalten,
461 da faire Ausgangsbedingungen für einen Steuerwettbewerb unter den Ländern aufgrund
462 der geringeren Finanzkraft der ostdeutschen Länder noch nicht gegeben ist.

463

464 **5. In Thüringen gut leben – Öffentliche Daseinsvorsorge sichern**

465

466 **Kommunen als kompetente und starke Garanten zur Sicherung der Daseinsvorsorge**

467

468 Zur Sicherung der Daseinsvorsorge für die Thüringer Bevölkerung leisten die Kommunen mit ihrem
469 wirtschaftlichen Engagement den wesentlichen Anteil. Durch ihre kommunalwirtschaftlichen
470 Aktivitäten in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Abwasser und Abfall,
471 Wohnungswirtschaft, Krankenhäuser und Altenpflege sowie Verkehr (ÖPNV) stehen sie deshalb
472 auch mit Blick auf die Daseinsvorsorge von morgen im Mittelpunkt unseres Interesses. Thüringens
473 Kommunen müssen auch in Zukunft der Herausforderung einer dauerhaften und krisenfesten
474 Daseinsvorsorge gewachsen sein, bspw. im Falle notwendiger Leistungen der Wasserver- und
475 Abwasserentsorgung.

476

477 Für den Bereich Daseinsvorsorge müssen für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte
478 individuelle „Masterpläne Daseinsvorsorge“ erarbeitet werden. Wir brauchen strategische
479 Handlungskonzepte, um in den Gebietskörperschaften die verschiedenen Bereiche der
480 öffentlichen Daseinsvorsorge an die Herausforderungen des demografischen Wandels anpassen zu
481 können.

482

483 **Keine Benachteiligung bzw. Beschränkungen der Kommunalwirtschaft gegenüber dem** 484 **privaten Sektor**

485

486 Insbesondere in gewinnbringenden erwerbswirtschaftlichen und wohlfahrtsökonomischen
487 Branchen (bspw. Energieversorgung, Wasserwirtschaft, Stadtwirtschaft/Bauhöfe oder Altenpflege)
488 müssen Kommunen künftig wettbewerbsfähiger werden und ihr Engagement und ihre fachliche
489 Kompetenz verstärken.

490

491 **a) Energieversorgung**

492

493 Die Energieversorgung wird ein wirtschaftlich wichtiges Tätigkeitsfeld der Kommunalwirtschaft
494 sein. Dabei legen wir Wert auf flächendeckende Lösungen. Die Entstehung von sogenannten
495 „weißen Flecken“ der Unwirtschaftlichkeit wollen wir verhindern und dem Solidarprinzip Vorrang
496 einräumen. Gewinne, die in den Regionen erwirtschaftet werden, müssen auch in den Regionen
497 verbleiben. Das ist der Weg, um die Regionalsierung der Energieversorgung und die
498 energiepolitische Mitbestimmung unserer Kommunen voranzutreiben.

499 Angesichts der künftigen energie-, klima-, und ressourcenpolitischen Rahmenbedingungen sind
500 eigene bzw. autarke Energieversorgungs- und Energieerzeugungskonzepte auf kommunaler Ebene
501 (Bioenergiedörfer) weiter zu fördern.

502

503 **b) Abfall und Entsorgungswirtschaft**

504

505 Im Bereich der Abfall- und Entsorgungswirtschaft ist den Kommunen eine Vorrangposition durch
506 die Entscheidung bei der Übertragung oder Nicht-Übertragung gewerblicher Sammlungen
507 einzuräumen. Auf diese Weise soll eine Präferenz von Privaten im Sektor der gewinnbringenden
508 Abfallentsorgung vermieden werden. Die Einführung von Sammlungen zusätzlicher
509 kostenintensiver Abfallsegmente („Wertstofftonne“) ist aus ökonomischen Gründen zu vermeiden.

510

511 **c) Wasserwirtschaft**

512

513 In der Wasserwirtschaft setzen wir weiterhin auf das Modell interkommunaler
514 Kooperationen/Zweckverband, wobei der Erfahrungsaustausch zwischen den
515 Kooperationspartnern zu verstärken ist. Bei der Zusammenfassung von Verbänden wollen wir
516 bürgerfreundliche, umweltgerechte und wirtschaftliche Lösungen.

517 Insbesondere im Bereich der Abwasserbeseitigung wollen wir die Standards und die Zeitschiene
518 für anstehende Investitionen sowie die Planungskonzepte nochmals überprüfen. Die Entscheidung,
519 welche Orte an die zentrale Abwasserentsorgung angeschlossen werden, muss vor dem
520 Hintergrund der demografischen Entwicklung getroffen werden. Die Standards für dezentrale
521 Kläranlagen dürfen nicht zu hoch sein. Um in Einzelfällen flexibler reagieren zu können, müssen die
522 definierten Standards und die zeitlichen Vorgaben entsprechend angepasst werden. Hinsichtlich
523 der Abwasserqualität wollen wir Standards absenken, die über europa- und bundesrechtliche
524 Vorschriften hinausgehen.

525

526 **d) Wohnungswirtschaft**

527

528 Der Thüringer Wohnungsmarkt steht mit dem demografischen und dem energetischen Wandel
529 gleich vor zwei zentralen Herausforderungen. Wachstumsdynamik und Schrumpfungsprozess
530 liegen eng beieinander. Während in Städten wie Jena Wohnraum fehlt, müssen in Städten wie Suhl
531 intensive Anstrengungen zum Rückbau unternommen werden. Vor allem dort hat die kommunale

532 Wohnungswirtschaft demografische Entwicklungen zu berücksichtigen. Um spätere
533 Unterhaltungskosten ungenutzten Wohnraums zu vermeiden, müssen vor Ort spezifische
534 Rückbaukonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Der verbleibende Wohnraum ist unter
535 Berücksichtigung eines altersgerechten und energieeffizienten Wohnens zu sanieren. Außerdem
536 sind künftig die Orts- und Stadtkerne bei der Sanierung des Wohnraums besonders zu
537 berücksichtigen, um die Innenstädte zu stärken. Hilfreich kann dabei die Erstellung von
538 Leerstandskatastern sein.

539 Weiterhin wollen wir die Energieeffizienz des Wohnungsbestands weiter steigern, gleichzeitig aber
540 keine Verschärfung des ordnungsrechtlichen Rahmens vornehmen. Starre Sanierungsvorhaben
541 sind kontraproduktiv und verhindern Investitionen. Wir sprechen uns klar gegen Bevormundungen,
542 wie ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz, aus. In diesem Zusammenhang wollen wir die Informationen
543 für Mieter und Vermieter verbessern und einen unsozialen Sanierungszwang verhindern.

544

545 **e) Öffentlicher Personennahverkehr**

546

547 Der Öffentliche Personennahverkehr muss von den Kommunen aufrechterhalten werden. Dabei
548 sind sämtliche Einspar- und Effizienzmöglichkeiten auszuschöpfen, um ein Angebot nachhaltig
549 aufrechterhalten zu können. Die Thüringer Union begrüßt, den Vorschlag des
550 Verkehrsministeriums, einen Fond für kommunale Infrastruktur einzurichten – das sichert
551 langfristig die Investitionen in den kommunalen Straßenbau als auch in den ÖPNV. Im Zuge des
552 demografischen Wandels müssen noch stärker regionsspezifische Lösungen, wie Bürgertaxis,
553 Rufbusse oder versetzte Schulanfangszeiten Berücksichtigung finden, um die Defizite im Bereich
554 des ÖPNV zu minimieren. Durch neue kreative Angebote müssen in Zeiten zurückgehender
555 Schülerzahlen neue Zielgruppen erschlossen werden. Die Einführung neuer und flexibler
556 Angebotsformen sowie neuer organisatorischer und rechtlicher Lösungen im ÖPNV tragen zur
557 Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und der Verbesserung des Mobilitätsangebotes bei.

558

559 **f) Gesundheit**

560

561 Die Thüringer Union spricht sich für die Beibehaltung kommunaler Krankenhäuser aus. Das
562 Gesundheitswesen ist kein sich selbst regulierender Markt und darf nicht auf Kosten der
563 Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger als solcher verstanden werden. Natürlich müssen sich
564 auch kommunale Krankenhäuser ebenso wie private Einrichtungen an den Prinzipien
565 wirtschaftlicher Betriebsführung orientieren. Darüber hinaus verpflichten sich aber insbesondere
566 öffentliche Krankenhäuser dem Gemeinwohl und der Gesundheitsfürsorge als Bestandteile
567 staatlicher Daseinsvorsorge. Diese Gemeinwohlverpflichtung unterstützen wir ausdrücklich.
568 Zudem sind kommunale Krankenhäuser wichtige Arbeitgeber insbesondere im ländlichen Raum.
569 Sie sind deshalb auch aus regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtige Partner, die wir mit
570 besten Kräften unterstützen.

571

572 **Moderne technologische Infrastruktur**

573

574 Thüringen soll im Jahr 2020 Technologieland Nr. 1 sein. Deshalb müssen die Kraftanstrengungen
575 beim Breitbandausbau deutlich erhöht werden. Für die Thüringer Union gilt nach wie vor, dass
576 privatwirtschaftliche Lösungen Vorrang vor staatlichen Investitionsmaßnahmen haben. Zudem
577 sollten zukünftig stärker als bisher, ähnlich wie im Straßenbau, Public-Private-Partnership (PPP)
578 Projekte beim Breitbandausbau in den Blick genommen werden. Mit der von der Landesregierung
579 verabschiedeten Breitbandstrategie wurden die Weichen richtig gestellt, um eine flächendeckende
580 Breitbandversorgung auf den Weg zu bringen. Diese Strategie muss jetzt konsequent umgesetzt
581 werden.

582 Wir setzen uns weiterhin im Bundesrat für ein Telekommunikationsgesetz ein, das einen
583 verpflichtenden flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes vorschreibt. Breitbandversorgung
584 ist die zentrale Achillesferse für die wirtschaftlichen Entwicklungschancen des ländlichen Raums.
585 Wenn Telekommunikationsanbieter nur noch Orte anschließen müssen, bei denen es sich

586 betriebswirtschaftlich rechnet, werden ganze Landstriche abgehängt. Wir stehen dafür, dass alle
587 Thüringer die Chance auf schnelles Internet haben.

588

589 **Städtebauförderung**

590

591 Wir wollen den Stadtumbau konsequent weiterführen. Das bedeutet, Unternehmen beim
592 Stadtumbau durch nachhaltige Instrumente zu unterstützen. Hierzu zählen
593 Wohnungsbauvermögen und Stadtentwicklungsfonds sowie das Familienbaudarlehen der
594 Thüringer Aufbaubank. Darüber hinaus setzen wir uns für eine tragfähige Lösung bei der
595 Altschuldenhilfe ein sowie für verlässliche Förderperspektiven bei der Städtebauförderung
596 gegenüber dem Bund.

597

598 **Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen erleichtern**

599

600 Wir wollen die Rahmenbedingungen mit dem Ziel einer Erleichterung der eigenverantwortlichen
601 wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen verbessern.

602 Angesichts der künftig veränderten Finanzausstattung der Kommunen durch die öffentliche Hand
603 und einer Verringerung des Steueraufkommens (demografischer Wandel) sind die Kommunen in
604 die Lage zu versetzen, durch eigene gewinnbringende wirtschaftliche Betätigungsfelder im
605 Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge diese Entwicklung auszugleichen. Dies soll durch die
606 rechtliche Erleichterung bzw. Aufhebung von Beschränkungen bei der Gründung eigener
607 kommunaler Wirtschaftsunternehmen unter Beachtung § 71 der Thüringer Kommunalordnung und
608 unter strenger und kompetenter Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden erfolgen.

609

610 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

611

612 • Wir wollen in den Landkreisen und Kommunen spezielle „Masterpläne öffentliche
613 Daseinsvorsorge“, die die Herausforderungen des demografischen Wandels
614 berücksichtigen. Wir favorisieren dabei flexible, kleinteilige und dezentrale Lösungen.

615 • Wir wollen im Bereich der Energieversorgung die teilweise Rekommunalisierung der
616 Kommunen unterstützen. Dies ist ein Weg, um die Gewinne in der Region zu halten und
617 Thüringens Kommunen selbst die energiepolitische Entwicklung im Freistaat
618 mitbestimmen können.

619 • Wir wollen im Bereich der Abwasserbeseitigung die Standards und die Zeitschiene für
620 anstehende Investitionen sowie die Planungskonzepte nochmals überprüfen.

621 • Wir wollen die kommunale Wohnungswirtschaft den Herausforderungen des
622 demografischen und energetischen Wandels anpassen.

623 • Wir wollen den ÖPNV in den Kommunen aufrechterhalten und stehen zur
624 Mitfinanzierungsverantwortung von Bund und Land. Neue regionenspezifische Angebote
625 wollen wir weiterentwickeln.

626 • Wir wollen den Vorschlag des Verkehrsministeriums unterstützen, einen Fond für
627 kommunale Infrastruktur einzurichten, um langfristig die Investitionen in den kommunalen
628 Straßenbau als auch in den ÖPNV zu sichern.

629 • Wir wollen den Stadtumbau weiterführen und durch geeignete Instrumente, wie
630 Wohnungsbauvermögen, Stadtentwicklungsfonds sowie Familienbaudarlehen
631 unterstützen.

632 • Wir wollen den flächendeckenden Breitbandausbau weiter vorantreiben und setzen uns im
633 Bundesrat für ein Telekommunikationsgesetz ein, welches den flächendeckenden Ausbau
634 des Breitbandnetzes vorschreibt.

635 • Wir wollen die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel einer
636 Erleichterung der eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen
637 verändern.

638

639

640 **6. Für sozial gerechte Kommunen**

641

642 **Generationenübergreifend denken**

643

644 Die CDU ist die Partei, die besonders das Miteinander der Generationen fördert. Wir sind die
645 Union der Generationen. Wir setzen uns dafür ein, dass die vielfältigen Chancen der
646 Zusammenführung der Generationen in unseren Kommunen noch besser genutzt werden.

647

648 Deshalb machen wir uns für Mehrgenerationenhäuser stark. Die zahlreichen Pflegeeinrichtungen
649 sollten auch Zentren der Begegnung sein und sich weiter öffnen. Neue Formen der Bürgerarbeit
650 könnten hierzu einen Beitrag leisten. Daher fordert die CDU, in den Kommunen weitere
651 Mehrgenerationenhäuser zu etablieren und Begegnungsstätten der Generationen einzurichten.
652 Die Menschen verschiedener Generationen sollen sich gegenseitig helfen und aufeinander
653 zugehen können.

654 Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass es in allen Landkreisen und Städten Ansprechpartner für
655 das Zusammenleben der Generationen gibt.

656

657 **Aktive Seniorenpolitik**

658

659 Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft werden immer spürbarer.
660 In absehbarer Zeit wird jeder dritte Deutsche älter als 60 Jahre sein. Spätestens dann wird diese
661 Generation mit ihrer reichen Erfahrung und ihrer Bereitschaft, sich in das gesellschaftliche Leben
662 einzubringen, immer wertvoller werden. Das Engagement der älteren Generation ist wichtig und
663 erwünscht. Unsere Senioren können der jungen Generation wertvolles Erfahrungswissen
664 vermitteln, Halt und Orientierung geben. Sie vermitteln Kontinuität, soziale Geborgenheit und
665 Sicherheit.

666

667 Die alternde Gesellschaft bringt Chancen und Herausforderungen mit sich. Die CDU Thüringens
668 nimmt sich der Interessen und Bedürfnisse unserer Senioren an.

669

670 Wir wollen, dass Senioren möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Daher
671 sind künftig mehr Wohnungen altengerecht auszubauen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass
672 Altbauten barrierefrei umgebaut werden und in Neubauten seniorengerechtes Wohnen ebenso
673 ermöglicht wird. Entsprechende Förderungen für nachträgliche Einbauten sollten geprüft werden.
674 Wir wollen generationsübergreifende Patenschaften einführen, nachbarschaftliche Hilfedienste
675 unterstützen und weitere neue Wohnformen fördern, die über verwandtschaftliche Verhältnisse
676 hinaus Formen des Zusammenlebens der Generationen möglich machen.

677 Damit Senioren möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können, gilt für uns der
678 Grundsatz: Ambulante Versorgung hat Vorrang vor stationärer Versorgung. Um längeres „Wohnen
679 zu Hause“ zu ermöglichen, wollen wir einen Mix aus ambulanter Pflege, hauswirtschaftlichen
680 Diensten sowie Hol- und Bringdiensten unterstützen und fördern. Um optimal auf
681 Pflegebedürfnisse reagieren zu können, setzen wir uns dafür ein, ähnlich einer Bedarfsplanung für
682 Kindertagesstätten, eine Pflegebedarfsplanung zu etablieren.

683

684 Da viele Senioren in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist es zudem zwingend notwendig, dass
685 eine ausreichende soziale Infrastruktur, z. B. an Nahversorgern und Arztpraxen in der
686 unmittelbaren Wohnumgebung erhalten bleibt. Die CDU setzt sich für Grundversorgung im
687 öffentlichen Personennahverkehr ein, damit auch ältere Menschen in der Stadt mobil sind und
688 bleiben können.

689

690 Wir setzen uns für eine seniorenfreundliche Ausgestaltung der Innenstädte ein. Deshalb wollen wir
691 einen Aktionsplan zur barrierefreien Ausgestaltung der Innenstädte unterstützen.

692

693

694

695 **Chancen für junge Menschen – Jugendhilfe stärken und vernetzen**

696

697 Die CDU will die Rahmenbedingungen dafür sicherstellen, dass Jugendliche in der Arbeitswelt und
698 in der Gesellschaft einen Platz finden können, der ihnen Perspektiven bietet. Junge Menschen
699 sollen mit ihren Anliegen Gehör finden, zugleich aber auch mit ihren Pflichten konfrontiert
700 werden. Die CDU setzt sich daher auf kommunaler Ebene für eine aktive Jugendhilfepolitik ein. Da
701 oftmals parallele Angebote zwischen Jugendhilfe, Schule und Vereinen existieren, gilt es, diese
702 Angebote besser zu vernetzen und sich gegenseitig zu ergänzen.

703

704 Wir setzen uns für Kinder- und Jugendhäuser in den Kommunen ein, um Begegnungsstätten für
705 junge Leute zu ermöglichen. Zusätzlich erachten wir eine aufsuchende Jugendarbeit als notwendig,
706 um besonders „Problemkindern“ noch zielgerichteter zu helfen.

707

708 Wir wollen ein Modellprojekt „Frühe Hilfe“ in den Landkreisen und kreisfreien Städten etablieren,
709 um Familien in schwierigen Situationen vor allem im Interesse des Kindeswohls von Anfang an zu
710 unterstützen.

711

712 **Medizinische Versorgung sichern**

713

714 Wir setzen uns für eine flächendeckende medizinische Versorgung im Freistaat ein. Die Menschen
715 haben ein Recht auf eine gute medizinische Versorgung und die Politik hat die Pflicht diese
716 Grundversorgung sicherzustellen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit dem
717 Versorgungsstrukturgesetz ein klares Signal für eine verlässliche und gute medizinische
718 Versorgung in allen Regionen Deutschlands gesetzt. Für den Freistaat Thüringen ist dieses Gesetz
719 eine wichtige Antwort auf die zentrale Herausforderung Demografischer Wandel. Die Thüringer
720 Union hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Landärztestipendium eingerichtet und
721 damit Anreize für junge Menschen gesetzt. Wir regen an, dass künftig die nicht ausgeschöpften
722 Budgets für Hausärzte der Kassenärztlichen Vereinigung als "Startkapital" für junge Ärzte in
723 unterversorgten ländlichen Regionen eingesetzt werden. Zusätzlich hat die CDU-Landtagsfraktion
724 einen runden Tisch zur Bekämpfung des Ärztemangels eingerichtet und ein breites
725 Maßnahmenpaket vorgeschlagen. Diese Maßnahmen wollen wir Schritt für Schritt umsetzen.
726 Unser Ziel ist es, auch zukünftig eine flächendeckende medizinische Versorgung zu gewährleisten.

727

728 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

729

- 730 • Wir wollen, dass die vielfältigen Chancen der Zusammenführung der Generationen in
731 unseren Kommunen noch besser genutzt werden. Wir machen uns deshalb für weitere
732 Mehrgenerationenhäuser stark und setzen uns dafür ein, das Pflegeeinrichtungen auch als
733 Zentren der Begegnung fungieren.
- 734 • Wir wollen seniorenfreundliche Kommunen. Hierzu zählt u.a. seniorenfreundlicher
735 Wohnraum, um längeres Wohnen zu Hause zu ermöglichen. Wir setzen uns für einen Mix
736 aus ambulanter Pflege, hauswirtschaftliche Diensten sowie Hol- und Bringdiensten ein.
- 737 • Wir wollen die flächendeckende medizinische Versorgung im Freistaat sichern.
- 738 • Wir wollen die Angebote von Jugendhilfe, Schule und Vereinen besser vernetzen.
- 739 • Wir wollen ein Modellprojekt „Frühe Hilfe“ in den Landkreisen und kreisfreien Städten
740 etablieren, um Familien in schwierigen Situationen vor allem im Interesse des Kindeswohls
741 von Anfang an zu unterstützen.

742

743

744

745

746

747

748

749 **7. Bildungsland Thüringen – Gute Bildung direkt vor Ort**

750 **Bildung wohnortnah sichern**

751 Dass Thüringen Spitzenreiter bei der Bildung ist zeigt, dass unser Verständnis für die Grundlagen
752 einer guten Bildung richtig ist:

753 In der Familie werden die Grundlagen der Bildung gelegt. Insbesondere das Leistungsprinzip und
754 eine gelebte Anstrengungskultur bilden die zentralen Voraussetzungen für eine gute Bildung und
755 damit zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, für gesellschaftliche Teilhabe und Aufstieg. Wir
756 wollen deshalb auch künftig in den Schulen eine Kultur der Leistung und der Anstrengung,
757 verknüpft mit den Möglichkeiten individueller Förderung.

760 Die Thüringer Union steht für ein vielfältiges und begabungsgerechtes Bildungsangebot im ganzen
761 Land. Die Voraussetzung für gute Bildungs- und Zukunftschancen unserer Kinder haben dabei Land
762 und Kommunen gemeinsam zu schaffen. Wir stehen für Chancengerechtigkeit in unserem
763 Bildungssystem, damit Talente entdeckt und entwickelt sowie die individuellen Begabungen
764 gefördert werden können.

766 Grundschulen und Kindertagesstätten sollen nach Möglichkeit vor Ort erhalten bleiben. Für uns
767 gilt das Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung
768 muss gerade der ländliche Raum besonders für junge Familien attraktive Lebensbedingungen
769 bieten. Das setzt eine leistungsfähige und moderne Bildungsinfrastruktur voraus.

771 Im Falle zurückgehender Schülerzahlen in kleinen Gemeinden müssen deshalb innovative
772 Bildungsangebote Vorfahrt haben vor Schulschließungen. Mit Blick auf den ländlichen Raum sollte
773 eine „atmende Gesetzgebung“ einen Nachteilsausgleich schon bei Gesetzgebungsverfahren
774 sicherstellen. Ziel muss es sein, auch im ländlichen Raum ein dichtes Schulnetz zu erhalten.

776 Die Thüringer Regelschule hat in den vergangenen 20 Jahren ihre Schüler zu erfolgreichen
777 Abschlüssen geführt und damit den weiteren Weg in die berufliche Ausbildung oder zur
778 allgemeinen Hochschulreife geebnet. Diese Erfahrungen und Ergebnisse sollen in der
779 Weiterentwicklung der Regelschule zur Oberschule ihren Niederschlag finden. Oberschulen
780 gestalten eine individuelle Schulausgangsphase mit gesetzlich festgeschriebenen
781 Qualitätskriterien. So bereiten Sie alle Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in die
782 Berufsausbildung, in weiterführende berufliche Bildungsgänge, die gymnasiale Oberstufe und
783 perspektivisch Hochschulstudiengänge vor. Die individuelle Schulausgangsphase umfasst
784 Aktivitäten zur Berufs- und Studienorientierung sowie die Vermittlung von Praxisplätzen an
785 geeigneten Lernorten (praxisbezogene Angebote). Viele Bundesländer haben sich an unserem
786 Erfolgsmodell „Regelschule“, welches für individuelle Lernwege zum Haupt- und
787 Realschulabschluss unter einem Dach steht, ein Beispiel genommen. Wir unterstützen
788 Bestrebungen, diese Schulart unter der Dachmarke „Oberschule“ in allen Bundesländern
789 einzuführen.

791 In einer stärkeren Verantwortungsübernahme von Kommunen auch für Personal, die Inhalte und
792 Prozesse schulischer Bildung liegen große Chancen auf dem Weg zu mehr Qualität von Schule und
793 Unterricht. Um ihrer Rolle als Bildungs- und Erziehungsinstanz außerhalb der Familie sowie als
794 Lern- und Kommunikationszentrum in ihrer Region gerecht werden zu können, müssen sich
795 Schulen weiter öffnen, verstärkt Kooperationen mit verschiedenen Partnern in ihrer Region
796 eingehen und sich im ständigen Dialog mit diesen Partnern weiter entwickeln.

798 Eine gute Bildung direkt vor Ort wird auch für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand immer
799 wichtiger. Unternehmen in dynamischen Wirtschaftsbereichen müssen auf Veränderungen
800 möglichst schnell mit Aus- und Weiterbildung reagieren können, um Ausfallzeiten und
801 Anlaufkosten zu minimieren. Dazu müssen, entsprechend der kleinbetrieblichen und in die Fläche
802

803 gewachsenen Wirtschaftsstruktur, überall im Land die Voraussetzungen für ein lebenslanges
804 Lernen geschaffen werden.

805

806 Unser Bildungsverständnis ruht auf folgenden Säulen:

807

808 (1) Familienrecht statt Staatsbestimmung: Es ist und bleibt das Recht der Eltern und Familien, die
809 Bildung und Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Der familiäre Rückhalt, die Geborgenheit
810 und familiäre Selbstbestimmung werden anerkannt und geachtet.

811 (2) Frühe Förderung statt spätes Nachsehen: Eine frühe und fundierte Bildung bestimmt das
812 gesamte weitere Leben. Was zum Bildungsstart versäumt, lässt sich ungleich schwerer
813 nachholen. Das gilt auch für Bildungsformen. Die Bildung unserer Kinder ist kein
814 Experimentierfeld. Unser Bildungssystem beruht auf dem Leistungsprinzip und einer gelebten
815 Anstrengekultur. Das hat sich im Vergleich bewährt. Deshalb geben wir Bewährtes nicht
816 einfach auf.

817 (3) Chancengerechtigkeit statt Gleichschaltung: Es herrscht Chancengerechtigkeit in der Bildung.
818 Jeder Mensch hat die Chance, einen seiner Begabungen entsprechenden Abschluss zu
819 erwerben und sich fortzubilden. Es gilt Stärken zu fördern und Schwächen auszugleichen.

820 (4) Regionale Bildungslandschaften statt bildungspolitischer Zentralstaat: Die regionale
821 Bildungsverantwortung der Kommunen in Zusammenarbeit mit dem Land ist oberstes Prinzip.
822 Bildungseinrichtungen müssen eigenverantwortlich handeln können, weil nur sie die
823 Bedingungen direkt vor Ort kennen.

824

825 **Kinderlachen ist Zukunftsmusik**

826

827 Die Familie ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Sie zu fördern und zu unterstützen ist eine der
828 großen Herausforderungen für die Kommunen. Die Thüringer Union will kinder-, familien- und
829 seniorenfreundliche Kommunen. Alle Generationen sollen wissen, dass sie in der Gesellschaft
830 Unterstützung finden. Wir machen jungen Menschen Mut zur Gründung ihrer eigenen Familie.

831

832 Die Thüringer Union steht für eine familienfreundliche Kommune, in der Kinderlachen als
833 Zukunftsmusik gilt, die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt und die Vereinbarkeit von
834 Familie und Beruf unterstützt.

835

836 In den letzten Jahrzehnten haben sich die persönlichen Leitbilder verändert. Klassische
837 Rollenmuster werden mehr und mehr durchbrochen. So gibt es immer mehr alleinerziehende
838 Mütter und Väter. Zur Stärkung des ländlichen Raums bedarf es hier eines besonderen
839 Engagements, um Abwanderungen zu verhindern bzw. Zuzüge zu befördern. Dazu könnten bspw.
840 Kindertageseinrichtungen im ländlichen Raum zu Familienzentren ausgebaut werden, an denen
841 vielfältige Beratungs- und Unterstützungsleistungen angeboten werden, für Alleinerziehende,
842 Eltern und Familien.

843

844 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

845

- 846 • Wir wollen eine gelebte Anstrengekultur und das Leistungsprinzip in unseren Schulen.
- 847 • Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Regelschule zur Oberschule ein und
848 unterstützen Regelschulen auf diesem Weg.
- 849 • Wir wollen kleine Grundschulen und Kindergärten vor Ort erhalten. Ein Instrument kann
850 dabei eine atmende Gesetzgebung mit einem Nachteilsausgleich für besonders dünn
851 besiedelte Regionen sein.
- 852 • Wir wollen überall im Land gute Bedingungen für lebenslanges Lernen schaffen
- 853 • Wir wollen Kindertageseinrichtungen im ländlichen Raum zu Familienzentren mit
854 vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsleistungen ausbauen.

855

856

8. Ehrenamt ist Ehrensache

Bürgerschaftliches Engagement fördern

Viele Bürgerinnen und Bürger tragen zur Lebensqualität in ihrer Region bei, in dem sie sich ehrenamtlich engagieren, in den Kommunen, Vereinen und Verbänden, Kirchengemeinden, Feuerwehren und Rettungsdiensten, in sozialen und karitativen Diensten und im Naturschutz. Auch bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen haben viele Thüringer Bürgerinnen und Bürger bereits erfolgreich selbst Hand angelegt, wie z. B. um ihrer Gemeinde einen Breitbandinternetanschluss zu verschaffen.

Künftig wird das bürgerschaftliche Engagement an Bedeutung gewinnen, wenn infolge demografischer Entwicklungen insbesondere in den Dörfern und Kleinstädten wichtige Infrastruktur des täglichen Bedarfs, wie Einzelhandelsgeschäfte, Apotheken etc., entfällt. Wird eine betriebswirtschaftlich kritische Masse erst einmal unterschritten, ist kaum damit zu rechnen, dass sich dieser Abbauprozess von allein umkehrt. Über den Weg des bürgerschaftlichen Engagements ist eine (Wieder-)Belebung wirtschaftlich verwaister Dörfer und Kleinstädte möglich, Abbau muss keine „Einbahnstraße“ sein. Ortsnahe Angebote zur Sicherung der Grundbedürfnisse in Form moderner Tante-Emma-Läden über den Weg bürgerschaftlichen Engagements gibt es in Deutschland seit vielen Jahren.

Für diesen Weg einer Wiederbelebung verwaister Orte müssen wir die Menschen im ländlichen Raum sensibilisieren. Wir brauchen ein neues Verantwortungsbewusstsein in den Köpfen vor Ort und eine neue Kultur der Verantwortungsübernahme, insbesondere im ländlichen Raum. Das ist der Schlüssel, um aus der vermeintlichen „Einbahnstraße“ wirtschaftlicher Verwaisung eine Straße mit Gegenverkehr in Richtung Zukunft zu entwickeln.

Dieses bürgerschaftliche Engagement wollen wir auch in Zukunft erhalten und stärken. Darüber hinaus sind auch die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um das ehrenamtliche Engagement zu beleben. Akzeptanzprobleme von Arbeitgebern könnten bspw. durch Anreize, wie ein ehrenamtliches Gütesiegel der Landesregierung, ausgeräumt werden. Außerdem wollen wir prüfen, ehrenamtliches Engagement bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst besonders zu berücksichtigen und zu honorieren.

Heimatspflege fördern

Heimat ist für uns ein unschätzbare ideeller Wert. Heimat ist das, was Menschen brauchen, damit ihr Leben gelingt. Es ist ein Ort der Geborgenheit, der Zugehörigkeit, der Orientierung und der eigenen Identität. Heimat stiftet Lebenssinn und Lebensinhalt. Nur wer weiß, woher er kommt, der weiß, wohin er gehen kann. In Zeiten der Globalisierung und Mobilität ist Heimat ein wichtiger Lebenskompass.

Ein lebendiges Heimatbewusstsein hilft auch dabei Brücken zu anderen Kulturen zu bauen. Wer eine Heimat hat, der kann vom Nahen zum Fernen, vom Bekannten zum Unbekannten denken. Wer den Wert der eigenen Heimat schätzt, der hat auch Verständnis für die Verbundenheit des anderen zu dessen eigener Heimat. Für uns ist Heimatbewusstsein damit auch eine große Chance und wichtige Voraussetzung zur Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus anderen Kulturkreisen.

Die Heimatspflege ist deshalb für uns eine feste Größe. Wir verstehen sie als einen Gestaltungsauftrag an uns alle, die im Respekt vor der Schöpfung, vor Natur, Umwelt, Bauten, Mundart, Brauchtum und Muttersprache gründet. Wir fördern die Volks- und Laienkultur. Die Brauchtums- und Traditionspflege und die damit verbundene Stärkung des Heimatbewusstseins ist uns wichtig.

912 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

913

914 • Wir wollen das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement weiter fördern und
915 unterstützen.

916 • Wir wollen ortsnahe Angebote zur Sicherung der Grundbedürfnisse in Form moderner
917 „Tante-Emma-Läden“ über den Weg bürgerschaftlichen Engagements unterstützen.

918 • Wir wollen durch die Einführung eines „Gütesiegels Ehrenamt“ durch die Landesregierung,
919 Akzeptanzprobleme der Arbeitgeber für ehrenamtliches Engagement senken.

920 • Wir wollen prüfen, wie ehrenamtliches Engagement bei der Einstellung in den öffentlichen
921 Dienst besonders honoriert werden kann.

922 • Wir wollen die Brauchtums-, Traditions- und Heimatpflege weiter unterstützen.

923

924 **9. Bürgerbeteiligung**

925

926 Demokratie braucht die grundsätzliche Zustimmung und aktive Teilnahme ihrer Bürgerinnen und
927 Bürger. Die politische Beteiligung bestimmt wesentlich das politische Zusammenleben der
928 Menschen, trägt zur Integration des Gemeinwesens bei und schafft lokale und regionale
929 Identitäten und Bindungen.

930

931 Was die Rahmenbedingungen betrifft, sind wir auf einem guten Weg. Im letzten Jahrzehnt sind die
932 Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sowohl für die Landesebene als auch die
933 kommunale Ebene weiter gestärkt worden. Ob Bürgerantrag, Volksbegehren oder Volksentscheid,
934 Thüringen hat sich im Bemühen um mehr direkte Demokratie mit der Änderung der Thüringer
935 Verfassung und der Novellierung des Thüringer Gesetzes über das Verfahren bei Bürgerantrag,
936 Volksbegehren und Volksentscheid im Jahr 2003 und der Änderung der Thüringer
937 Kommunalordnung im Jahr 2009 bundesweit einen vorderen Platz erarbeitet.

938

939 Diesen Weg für mehr Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gilt es auch künftig
940 konsequent fortzusetzen.

941

942 Dabei bieten moderne Medien, insbesondere das Internet, Möglichkeiten, politisches Interesse zu
943 wecken, mit Menschen in Kontakt zu treten und sie zur Meinungsäußerung, aber darüber hinaus
944 auch zum Mitmachen zu aktivieren. Das Internet ist mittlerweile selbstverständlicher Bestandteil
945 des Lebens eines Großteils der Menschen. Soziale Netzwerke und Blogs als die wichtigsten
946 Anlaufstellen im Netz sollten deswegen für die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern
947 verstärkt genutzt werden.

948

949 Direkte Demokratie und Beteiligung ist vor allem mit konkreten Problemen und lokalen
950 Entscheidungen verbunden. Insofern ist die direkte Bürgerbeteiligung insbesondere ein Thema der
951 Kommunalpolitik. Gerade hier sind im Bereich örtlicher Planungen und Aktivitäten neue Wege der
952 Bürgerbeteiligung denkbar, wie z.B.

953

954 • das Einrichten sog. „Planungszellen“ (Planungen, Konzepte durch Gruppen zufällig
955 ausgewählter, nicht organisierter Bürger),

956 • das Erstellen von Bürgergutachten, um den Sachverstand der Bevölkerung stärker zur Geltung
957 zu bringen,

958 • das Formen lokaler Bündnisse, beispielsweise von Gemeindeorganen, Unternehmen, Bürgern,
959 Vereinen etc. zur Konfliktlösung oder zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben,

960 • das Einrichten von Bürgerpanels (regelmäßige Befragung einer repräsentativen Gruppe von
961 Bürgerinnen und Bürgern über einen Zeitraum von mehreren Jahren),

962 • die Erarbeitung von Bürgerhaushalten, um die Akzeptanz und gesellschaftliche Legitimation
963 kommunaler haushaltspolitischer Entscheidungen zu verbessern.

964

965 Land und Kommunen sind Partner, um bei den Menschen vor Ort die Rahmenbedingungen für eine
966 nachhaltige und moderne Form der Bürgerbeteiligung zu schaffen.

967

968 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

969

- 970 • Wir wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken.
- 971 • Wir wollen soziale Netzwerke und Blogs als wichtige Anlaufstellen im Netz zur
972 Kommunikation mit dem Bürger noch stärker nutzen.
- 973 • Wir wollen im Bereich der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene neue Wege gehen.
974 Hierzu zählen sog. Planungszellen, Bürgergutachten, Bürgerpanels oder auch
975 Bürgerhaushalte.

976

977 **10. Sicher Leben in Thüringen – Für sichere Städte und Gemeinden**

978

979 Sicherheit ist eine große Stärke Thüringens. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu
980 werden, ist in Thüringen seit Jahren rückläufig und weitaus geringer als in den meisten anderen
981 Ländern in Deutschland. Die Häufigkeitszahl (Deliktsfälle pro 100 000 EW) liegt seit 1993 weit
982 unter dem Bundesdurchschnitt. Die Innere Sicherheit hat sich damit auch zu einem wichtigen
983 Standortfaktor für Thüringen entwickelt. Eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei ist
984 Garant dafür, dass dies auch künftig so ist. Thüringen liegt heute mit einer Aufklärungsquote von
985 65,1 % bundesweit an der Spitze.

986

987 Die Thüringer Union wird dafür kämpfen, dass dieser hohe Standard dauerhaft gesichert wird. Die
988 Präsenz der Polizei auf der Straße hat dabei oberste Priorität. Kontaktbereichsbeamte sorgen im
989 ländlichen Raum für Sicherheit und stehen als zuverlässige Ansprechpartner den Bürgerinnen und
990 Bürgern zur Seite. Die polizeilichen Leistungen und der in Thüringen erreichte hohe
991 Sicherheitsstandard haben wir unseren hoch qualifizierten, leistungsfähigen und motivierten
992 Beschäftigten der Thüringer Polizei zu verdanken. Für die Ausbildung einer bedarfsgerechten
993 Anzahl von Polizeinachwuchskräften wird gesorgt. Die Thüringer Polizei steht angesichts des
994 schnellen Wandels der Arbeitswelt sowie der demografischen Entwicklung vor großen
995 Herausforderungen. Wir werden deshalb die Thüringer Polizei mit der anstehenden
996 Polizeistrukturereform zukunftsfest machen.

997

998 **Unsere Kernforderungen sind zusammengefasst:**

999

- 1000 • Wir wollen uns weiterhin für eine gute Ausrüstung und gute Ausbildung der Thüringer
1001 Polizei stark machen.
- 1002 • Wir wollen die Präsenz der Polizei auf der Straße sichern und stärken. Gerade in
1003 problematischen Stadtteilen soll eine verstärkte Polizeipräsenz die Sicherheit der Bürger
1004 garantieren.
- 1005 • Wir wollen das System der Kontaktbereichsbeamten aufrechterhalten, um für den Bürger
1006 zuverlässige Ansprechpartner zu garantieren.
- 1007 • Wir wollen die Polizei mit einer Polizeistrukturereform zukunftsfest machen.

1008

1009

1010

1011

1012

1013

1014

1015

1016

1017

Zusammenfassung

Unsere Vorschläge für ein starkes Land und starke Kommunen auf einen Blick:

Kleine Einheiten machen Thüringen groß – Für bürgernahe und leistungsfähige Landkreise, Städte und Gemeinden

- Wir wollen den Erhalt bürgernahe und identitätsstiftender kommunaler Strukturen unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit.
- Wir wollen eine Verwaltungsreform mit dem Ziel, den Personalbestand des Landes zu verringern und staatliche Aufgaben auf das notwendige zu reduzieren. Dies dient der weiteren Sanierung des Staatshaushaltes, der Entschlackung der öffentlichen Verwaltung, dem Bürokratieabbau und mehr Bürgernähe.
- Wir wollen einen dreistufigen Verwaltungsaufbau, der in einem Landesorganisationsgesetz festgeschrieben wird und im Ergebnis für mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung sorgt.

Kommunale Finanzen – Solide und nachhaltig

- Wir wollen eine Schuldenbremse in der Landesverfassung.
- Wir wollen eine Reform des Kommunalen Finanzausgleiches bis zum 1.1.2013.
- Wir wollen den Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit.
- Wir wollen eine umfassende Gemeindefinanzreform des Bundes mit dem Ziel Kommunen zu entlasten.
- Wir wollen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen so ausgestalten, dass Bund und Länder über eine Finanzausstattung verfügen, die sie auch nach 2019 in die Lage versetzt, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen, eigene Schwerpunkte zu setzen, die neue Schuldenregel dauerhaft einzuhalten und ihre Haushaltsautonomie zu bewahren. Dabei wollen wir grundsätzlich am bewährten Prinzip des kooperativen Föderalismus festhalten, da faire Ausgangsbedingungen für einen Steuerwettbewerb unter den Ländern aufgrund der geringeren Finanzkraft der ostdeutschen Länder noch nicht gegeben sind.

In Thüringen gut leben – Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

- Wir wollen in den Landkreisen und Kommunen spezielle „Masterpläne öffentliche Daseinsvorsorge“, die die Herausforderungen des demografischen Wandels berücksichtigen.
- Wir wollen im Bereich der Energieversorgung den Trend der Rekommunalisierung unterstützen. Dies ist ein Weg, damit erwirtschaftete Gewinne in der Region bleiben und Thüringens Kommunen selbst die energiepolitische Entwicklung im Freistaat mitbestimmen können.
- Wir wollen im Bereich der Abwasserbeseitigung die Standards und die Zeitschiene für anstehende Investitionen sowie die Planungskonzepte nochmals überprüfen.
- Wir wollen die kommunale Wohnungswirtschaft den Herausforderungen des demografischen und energetischen Wandels anpassen.
- Wir wollen den ÖPNV in den Kommunen aufrechterhalten und stehen zur Mitfinanzierungsverantwortung von Bund und Land. Neue regionalspezifische Angebote wollen wir weiterentwickeln.
- Wir wollen den Vorschlag des Verkehrsministeriums unterstützen, einen Fond für kommunale Infrastruktur einzurichten, um langfristig die Investitionen in den kommunalen Straßenbau als auch in den ÖPNV zu sichern.
- Wir wollen den Stadtumbau weiterführen und durch geeignete Instrumente, wie Wohnungsbauvermögen, Stadtentwicklungsfonds sowie Familienbaudarlehen unterstützen.

- 1071 • Wir wollen den flächendeckenden Breitbandausbau weiter vorantreiben und setzen uns im
1072 Bundesrat für ein Telekommunikationsgesetz ein, welches den flächendeckenden Ausbau
1073 des Breitbandnetzes vorschreibt.
1074 • Wir wollen die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel einer
1075 Erleichterung der eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen
1076 verändern.
1077

Für sozial gerechte Kommunen

- 1078
1079
1080 • Wir wollen, dass die vielfältigen Chancen der Zusammenführung der Generationen in
1081 unseren Kommunen noch besser genutzt werden. Wir machen uns deshalb für weitere
1082 Mehrgenerationenhäuser stark und setzen uns dafür ein, das Pflegeeinrichtungen auch als
1083 Zentren der Begegnung fungieren.
1084 • Wir wollen seniorenfreundliche Kommunen. Hierzu zählt u.a. seniorenfreundlicher
1085 Wohnraum, um längeres Wohnen zu Hause zu ermöglichen. Wir setzen uns für einen Mix
1086 aus ambulanter Pflege, hauswirtschaftliche Diensten sowie Hol- und Bringdiensten ein.
1087 • Wir wollen die flächendeckende medizinische Versorgung im Freistaat sichern.
1088 • Wir wollen die Angebote von Jugendhilfe, Schule und Vereinen besser vernetzen.
1089 • Wir wollen ein Modellprojekt „Frühe Hilfe“ in den Landkreisen und kreisfreien Städten
1090 etablieren, um Familien in schwierigen Situationen vor allem im Interesse des Kindeswohls
1091 von Anfang an zu unterstützen.
1092

Bildungsland Thüringen – Gute Bildung direkt vor Ort

- 1093
1094
1095 • Wir wollen ein begabungsgerechtes Bildungsangebot im ganzen Land unter Beibehaltung
1096 des Leistungsprinzips und einer gelebten Anstrengungskultur in unseren Schulen.
1097 • Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Regelschule zur Oberschule ein und
1098 unterstützen Regelschulen auf diesem Weg.
1099 • Wir wollen kleine Grundschulen und Kindergärten vor Ort erhalten. Ein Instrument kann
1100 dabei eine atmende Gesetzgebung mit einem Nachteilsausgleich für besonders dünn
1101 besiedelte Regionen sein.
1102 • Wir wollen uns für ein „Optionsmodell kommunale Bildungsverantwortung“ einsetzen, bei
1103 der Kommunen entscheiden können, ob sie auch die Grundschulen in ihre Trägerschaft
1104 übernehmen möchten.
1105 • Wir wollen überall im Land gute Bedingungen für lebenslanges Lernen schaffen.
1106 • Wir wollen Kindertageseinrichtungen im ländlichen Raum zu Familienzentren mit
1107 vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsleistungen ausbauen.
1108

Ehrenamt ist Ehrensache

- 1109
1110
1111 • Wir wollen das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement weiter fördern und
1112 unterstützen.
1113 • Wir wollen ortsnahe Angebote zur Sicherung der Grundbedürfnisse in Form moderner
1114 „Tante-Emma-Läden“ über den Weg bürgerschaftlichen Engagements unterstützen.
1115 • Wir wollen durch die Einführung eines „Gütesiegels Ehrenamt“ durch die Landesregierung,
1116 Akzeptanzprobleme der Arbeitgeber für ehrenamtliches Engagement senken.
1117 • Wir wollen prüfen, wie ehrenamtliches Engagement bei der Einstellung in den öffentlichen
1118 Dienst besonders honoriert werden kann.
1119 • Wir wollen die Brauchtums-, Traditions- und Heimatpflege weiter unterstützen.
1120

Bürgerbeteiligung

- 1121
1122
1123 • Wir wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken.

- 1124 • Wir wollen soziale Netzwerke und Blogs als wichtige Anlaufstellen im Netz zur
1125 Kommunikation mit dem Bürger noch stärker nutzen.
1126 • Wir wollen im Bereich der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene neue Wege gehen.
1127 Hierzu zählen sog. Planungszellen, Bürgergutachten, Bürgerpanels oder auch
1128 Bürgerhaushalte.

1129

Sicher Leben in Thüringen – Für sichere Städte und Gemeinden

1130

- 1131
- 1132 • Wir wollen uns weiterhin für eine gute Ausrüstung und gute Ausbildung der Thüringer
1133 Polizei stark machen.
 - 1134 • Wir wollen die Präsenz der Polizei auf der Straße sichern und stärken. Gerade in
1135 problematischen Stadtteilen soll eine verstärkte Polizeipräsenz die Sicherheit der Bürger
1136 garantieren.
 - 1137 • Wir wollen das System der Kontaktbereichsbeamten aufrechterhalten, um für den Bürger
1138 zuverlässige Ansprechpartner zu garantieren.
 - 1139 • Wir wollen die Polizei mit einer Polizeistrukturereform zukunftsfest machen.